

## Niederschrift

zur 4. Sitzung des Ausschusses für Bauen, Ordnung und Umwelt  
am Mittwoch, den 11.03.2020, um 17:00 Uhr  
im Landratsamt Beeskow, Breitscheidstraße 7, Haus A, Raum 227/228

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr                      Sitzungsende: 20:32 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

### I. Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 22.01.2020
4. Informationen aus der Kreisverwaltung und Anfragen
5. Vorstellung der geförderten Objekte im Haushaltsjahr 2019 gemäß der Denkmalförderrichtlinie des Landkreises VA: Dez. IV - Amt 63/untere Denkmalschutzbehörde
6. Vorstellung Ergebnisse der Machbarkeitsstudie ehemaliges Finanzamt Fürstenwalde VA: Amt 65 - Herr Fuls, Amtsleiter
7. Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 - inhaltliche Information zu den, den Ausschuss tangierenden Schwerpunkten VA: Dezernat II BE: Dez. II - Stabstelle Brand-, Zivil- u. Kat.schutz; Dez. III - Amt 62, Amt 65/SG GM/Hochbau, SG KIS; Dez. IV - Amt 36, Amt 63, Amt 67  
Vorlage: 017/2020
8. Baubeschluss zum grundhaften Ausbau der K 6744 Abschnitt 020, OD Kolpin VA: Dez. III - Amt 65/SG KIS  
Vorlage: 016/2020
9. Baubeschluss zur Erneuerung der K 6715, Abschnitt 020, freie Strecke zwischen den Ortsteilen Leißnitz und Kummerow der Stadt Friedland (NL) VA: Dez. III - Amt 65/SG KIS  
Vorlage: 018/2020
10. Grundsatzbeschluss zur planerischen Vorbereitung des grundhaften Ausbaues der K 6726, Abschnitt 010, Ortsdurchfahrt (OD) Werder in der Gemeinde Tauche VA: Dez. III - Amt 65/SG KIS  
Vorlage: 020/2020
11. Vorbereitung der nächsten Sitzung

### I. Öffentlicher Teil:

#### **Zu TOP 1            Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Die Beschlussfähigkeit wurde durch Herrn Schneider festgestellt.

## **Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde einstimmig festgestellt.

***einstimmig zugestimmt***

## **Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 22.01.2020**

Für den TOP 10 im Protokoll der 3. Ausschusssitzung wünscht die SPD Fraktion vertreten durch Frau Meyer, eine Änderung im Text.

Folglich muss es lauten:

„Frau Meyer schlug dazu vor, dass Frau Kaethner mit Vertretern der Bürgerinitiative erscheint und in der Sitzung Rederecht beantragt.“

Die Änderung wurde einstimmig abgestimmt.

Das Protokoll wurde ebenso einstimmig beschlossen.

***einstimmig zugestimmt***

## **Zu TOP 4 Informationen aus der Kreisverwaltung und Anfragen**

Ein Thema der letzten Ausschusssitzung war der frühzeitige Versand des Protokolls.

Herr Schneider informiert, dass das Protokoll einem Abstimmungsprozess zwischen dem zuständigen Dezernenten und Herrn Schneider unterliegt. Selbst bei frühzeitig erfolgter Abstimmung ist es dem Kreistagsbüro aus organisatorischen Gründen nicht möglich, das Protokoll vor dem Versand der Einladung zur Folgesitzung separat zu versenden.

Es ist aber möglich, über das Ratsinformationssystem bei der jeweiligen Sitzung unter dem Reiter „Informationen“, zeitnahe Informationen einzuholen, das gleiche gilt für die Präsentationen. Technisch ist es aktuell nicht machbar, dass die Sachkundigen Einwohner auf das Ratsinformationssystem Zugriff haben. Es ist nicht möglich, den Zugriff auf die jeweiligen Fachbereiche zu beschränken.

Es ist aber vorgesehen, neben der Webanwendung eine App einzurichten. Damit ergeben sich ggf. neue/andere Möglichkeiten.

Die neue Sitzordnung muss jetzt erst einmal getestet werden und im Anschluss bewertet werden.

Herr Buhrke weist die anwesenden Amtsleiter darauf hin, dass am Freitag zu einer Verwaltungsstabsitzung eingeladen wird, um organisatorische Abstimmungen zu treffen auf Grund des aktuellen „Coronageschehens“.

## **Zu TOP 5 Vorstellung der geförderten Objekte im Haushaltsjahr 2019 gemäß der Denkmalförderrichtlinie des Landkreises VA: Dez. IV - Amt 63/untere Denkmalschutzbehörde**

Herr Methfessel, Sachbearbeiter im Sachgebiet Denkmalschutz, stellte die geförderten Maßnahmen anhand einer Präsentation vor.

Für die Förderung wurden 2019 insgesamt 100.000 Euro in den Haushaltsplan eingestellt.

Es wurden 33 Anträge eingereicht, davon wurden 27 Anträge bewilligt, die restlichen 6 Anträge wurden abgelehnt. Für Einzeldenkmale wurde eine Förderung in Höhe von 5.000,- Euro ausgereicht, für Objekte im Denkmalsbereich wurde eine Förderung in Höhe von 2.500,- Euro ausgereicht.

Frau Grabs beantragte, dass der Ausschuss wieder über die Vergabe der Fördermittel entscheidet.

Herr Schneider erwiderte, dass dies in diesem Jahr wieder so erfolgt. Die Verfahrensweise im letzten Jahr war eine Ausnahme. Dieser Antrag ist hinfällig.

Frau Kaethner fragte nach, ob 1. noch Verfahren zur Unterschutzstellung von Bauten als Denkmal laufen und 2. in welcher Höhe finanzielle Mittel erforderlich sind zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben.

Frau Kirschner kann nicht sagen, für wieviel Gebäude derzeit ein Unterschutzstellungsverfahren läuft. Im Ergebnis einer Nachfrage bei der zuständigen Behörde könnte auf der nächsten Sitzung eine entsprechende Auskunft erfolgen. Die Untere Denkmalschutzbehörde des LOS hat das Landesamt gebeten, zwei Denkmale zu überprüfen hinsichtlich des noch Vorhandenseins des Denkmalwertes.

Zum notwendigen Bedarf für das kommende Jahr kann noch keine konkrete Aussage getroffen werden. Einreichungstermin ist der 31. März, derzeit liegen nur 9 Anträge vor über eine Summe von 34.000,- Euro. Erfahrungsgemäß gehen in den letzten 2 Wochen noch größere Mengen von Anträgen ein. Es werden wohl 130.000,- bis 140.000,- Euro beantragt.

Frau Meyer fragte zum Prinzip der Bewilligung nach, es wurden glatte Summen bewilligt, welche ca. 200,- bis 300,- Euro unter der Antragssumme lagen. Ist die Höhe Bewilligung abhängig vom Gesamtvolumen der zu fördernden Maßnahme.

Frau Kirschner erläuterte, dass bei der Bewilligung beachtet wird, ob das Vorhaben sehr wichtig, prägnant und für die Allgemeinheit hervorhebend ist. Der Zuschuss wird auf 100,- Euro gerundet. Laut Förderrichtlinie handelt es sich um eine Anteilsfinanzierung, es wird daher sehr selten die gesamte beantragte Summe ausgereicht.

Herr Schneider fragte nach dem weiteren zeitlichen Ablauf. Am 31.3. ist Antragsschluss, in der Sitzung am 13. Mai 2020 könnten die Anträge vorgestellt werden. Dem stimmte Frau Kirschner zu.

Herr Rengert regte an, die Fördermittelsumme zu erhöhen bei entsprechendem Bedarf.

Frau Kaethner bat um Information, wenn ein höherer Bedarf bestehen sollte.

Frau Kirschner erläutert, dass in der Förderrichtlinie der Zuschuss für Einzeldenkmal und für Objekte im Denkmalsbereich festgelegt ist. Sollte ein höherer Zuschuss ausgereicht werden, müsste die Förderrichtlinie entsprechend angepasst werden.

### ***zur Kenntnis genommen***

#### **Zu TOP 6      Vorstellung Ergebnisse der Machbarkeitsstudie ehemaliges Finanzamt Fürstenwalde VA: Amt 65 - Herr Fuls, Amtsleiter**

Herr Fuls stellte den Sachstand zu den Bau- und Planungsmaßnahmen auf dem Spree-Campus in Fürstenwalde anhand einer Präsentation vor.

Zu Beginn erläuterte er den aktuellen Stand zur Baumaßnahme Spree-Oberschule und Schulsporthalle Fürstenwalde, die Fertigstellung ist für den Dezember 2020 vorgesehen, die Kosten liegen im Rahmen.

Im Folgenden erläuterte er verschiedene Varianten zur Nutzung des Grundstückes, welches derzeit mit dem ehemaligen Finanzamt bebaut ist.

Frau Grabs fragte nach dem Baujahr des Gebäudes und seit wann es leer steht.

Herr Fuls antwortete dazu, dass das Gebäude aus 2 Teilen besteht mit unterschiedlichen Baujahren und der Leerstand besteht seit ca. 4 Jahren. Eine entsprechende Information dazu sicherte Herr Fuls zu.

Herr Wende erläuterte dazu, dass das erste Gebäude ca. aus den 70er Jahren stammt.

Er begrüßt die umfassende Untersuchung und den angedachten Neubau einer modernen Einrichtung, auch die Nachbarschaft Grundschule und Förderschule. Er fragte noch nach, ob die Mensa erhalten werden kann, z.B. als zentrale Versorgung.

Herr Fuls antwortete, dass die Mensa einen ungünstigen Standort hat besonders im Hinblick auf die Errichtung der Förderschule und sicher auch mit abgerissen wird.

Frau Kaethner legte ein Veto ein. Ein Neubau erfolgt immer maßgeschneidert für den angedachten Zweck und hat damit eine bessere Bewertung. Im Rahmen der Nachhaltigkeit sollte geprüft werden, was bringt ein Abriss, wie hoch ist das CO<sub>2</sub>-Aufkommen beim Abriss, welche Ressourcen stecken in einem Bestandsbau. Sie bittet zu überlegen, ob der Bestandsbau vielleicht auch teilweise weitergenutzt werden kann, das Dach für Photovoltaikanlagen genutzt wird.

Herr Fuls erwiderte, dass bei einem Neubau eine Dachbegrünung bzw. eine Photovoltaikanlage berücksichtigt werden. Er erklärte, dass das Gebäude nur für eine Verwaltung nachgenutzt werden kann. Ein Umbau und Nachnutzung als Schulgebäude ist theoretisch möglich, aber verbunden mit vielen Kompromissen, Kostenrisiken, so dass ein Abriss und Neubau die beste Lösung ist. Man könne auch keine modernen Schulformen in einen Verwaltungsgrundriss integrieren.

Frau Grabs fragte nach Zahlen im Zusammenhang mit dem Bedarf für einen Umbau und für den Neubau.

Herr Fuls erklärte, dass es sich um eine Machbarkeitsstudie handelt, nicht um eine Kostenschätzung. Es müsste jede 2. Decke herausgenommen werden, Hülle wird entfernt, die Hälfte der Konstruktion bleibt stehen, die Deckenlasten sind nicht ausreichend, die vorhandene Technik muss erneuert werden – der Aufwand zur Umwandlung des Bestandsgebäudes in eine Schule ist enorm hoch, eine Aussage mit genauen Kosten kann nicht getroffen werden.

Herr Buhrke ergänzte, dass ein Teilgebäude als Wohnheim errichtet wurde, später der Ergänzungsbau als Finanzamt erfolgte mit kleinräumiger Nutzung – Büroräume. Auch bei einem Umbau werden Gewährleistungsprobleme bleiben, bei Betriebs-/Bewirtschaftungskosten werden Probleme auftreten. Bei der Nachhaltigkeit sollten auch die folgenden Betriebs-/Bewirtschaftungskosten mit berücksichtigt werden.

Herr Kaufmann wies ebenfalls auf die Probleme eines möglichen Umbaus hin und plädierte für einen Neubau.

Frau Kaethner ist von den Begründungen für den Neubau nicht überzeugt, es sollten doch Möglichkeiten einer Nutzung des Bestandes gefunden werden.

Herr Dr. Mernitz stimmte den Problemen des Umbaus zu, besonders im Hinblick auf hohen Heizkosten bei Schaffung von Räumlichkeiten durch die Herausnahme von Decken.

Herr Schulz wies ebenfalls auf hohe Kosten beim Umbau eines alten Gebäudes hin.

Herr Rademacher bekräftigte die Probleme einer Nachnutzung eines ehemaligen Verwaltungsgebäudes als Schulgebäude. Bei ökologischen Aspekten sollten auch die folgenden Bewirtschaftungskosten mit eingerechnet werden.

Herr Fuls erläuterte zu den Kosten, dass zur Variante „0“ keine Kostenberechnung erstellt wurde, ein Neubau ca. 20- 30 % günstiger ist als die vorgestellte Hybridlösung.

Der Ausschuss folgt mehrheitlich der Empfehlung zum Abriss des Finanzamtes.

Herr Schneider fragte nach, wann der Ausschuss wieder aktiv werden muss.

Zur Einbeziehung des Ausschuss verwies Herr Fuls auf die Übersicht der nächsten Schritte. Er würde regelmäßig über die weitere Verfahrensweise berichten, z.B. Darlegung der Aufgabenstellung, Vorstellung Planungsunterlagen, was dann schlussendlich alles in einen Grundsatzbeschluss münden würde.

### **zur Kenntnis genommen**

**Zu TOP 7      Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 - inhaltliche Information zu den, den Ausschuss tangierenden Schwerpunkten VA: Dezernat II BE: Dez. II - Stabstelle Brand-, Zivil- u. Kat.schutz; Dez. III - Amt 62, Amt 65/SG GM/Hochbau, SG KIS; Dez. IV - Amt 36, Amt 63, Amt 67  
Vorlage: 017/2020**

Zum Haushaltsplan 2020 gab Herr Perlick einen Gesamtüberblick anhand einer Präsentation. Frau Kaethner erklärte, dass bereits im Ausschuss ländliche Entwicklung zur Kreisumlage in Höhe von 38 % oder 37 % diskutiert wurde. Eine entsprechende Empfehlung wurde im Ausschuss ländliche Entwicklung gegeben. Im Ausschuss erklärte auch Herr Buhrke, dass 37 % möglich wären, im vorliegenden Haushaltsplan werden jedoch 38 % aufgeführt. Herr Schneider äußerte dazu, dass in der letzten Kreistagssitzung von Herrn Buhrke die Aussage getroffen wurde, mit 38 % Kreisumlage wird ein ausgeglichener Haushalt erreicht. Eine Senkung der Kreisumlage ist möglich mit der Folge, dass der Haushalt unecht ausgeglichen werden muss. Ein negativer Saldo muss dann mit den Rücklagen ausgeglichen werden. Dies bestätigte Herr Buhrke. Eine entsprechende Änderung müsste beantragt werden. Es wird dann eine abgeänderte Satzung mit vorbereitet. In den Ausschüssen wird zu den den Ausschuss betreffenden Produkten abgestimmt. Zum Gesamthaushalt erfolgt die Abstimmung im Kreistag am 1.4.2020.

Zum Produkt Dezernat II – Stabsstelle Brand-, Zivil- und Katastrophenschutz gab Herr Buhrke die Erläuterungen anhand einer Präsentation.

Zum Bereich Dezernat III – Amt 62 Kataster- und Vermessungsamt erläuterte Frau Kramer, Sachgebietsleiterin, die einzelnen Produkte. Frau Kaethner bat um die Erklärung des Unterschiedes zwischen Landnutzung und Landbedeckung. Frau Kramer erklärte dazu: Die Landnutzung entspricht der tatsächlichen Nutzung wie sie vor Ort sichtbar ist. Die Landbedeckung betrifft den topografischen Teil, z.B. Landwirtschaft oder Waldflächen.

Zum Amt 65 erläuterte Herr Fuls die eingestellten Ansätze.

Zum Dezernat IV – Amt 36 Straßenverkehr und Ordnung erläuterte Herr Rose, Amtsleiter, die Ansätze des Haushaltsplanes.

Herr Rademacher fragte, nach wie die Planungen zur elektronischen Beantragung aussehen, sind Aussagen zu möglichen Einsparungen möglich, welche Vor- und Nachteile gibt es für Bürger und Verwaltung.

Dazu antwortete Herr Rose: Wenn die elektronische Antragstellung sicher durchgeführt werden kann, erfolgt eine entsprechende Presseinformation zu E-Kfz-Zulassung. Der Antragsteller benötigt auch die entsprechenden Voraussetzungen wie ein stabiles Netz, die entsprechende Technik, einen lesbaren Personalausweis, Kreditkarte usw. Das Verfahren läuft und es kann ausgeführt werden. Bestimmte Arbeiten in der Verwaltung müssen weiterhin ausgeführt werden. Frau Kaethner fragte nach den Möglichkeiten einer Geschwindigkeitsbeschränkung für bestimmte Straßenabschnitte.

Herr Rose antwortete dazu, Geschwindigkeitsbeschränkungen erfolgen auf gesetzlichen Grundlagen und bei entsprechenden Begründungen.

Herr Schneider fragte zur Position „privatrechtliche Leistungsentgelte“ nach, die 2020 und Folgejahre enorm ansteigen.

Herr Rose antwortete, es handelt sich dabei um Einnahmen aus Verkäufen von Kennzeichen.

Zum Dezernat IV – Amt 63 Bauordnungsamt erläuterte Frau Kirschner, Amtsleiterin, die Ansätze des Haushaltsplanes.

Zum Dezernat IV – Amt 67 Umweltamt erläuterte Herr Driebusch, Amtsleiter, die Ansätze des Haushaltsplanes.

Herr Wende merkte an, dass im Rahmen der Erarbeitung der Landschaftspläne durch die Kommunen festgestellt wird, dass durch den Landkreis bereitgestellte Unterlagen (Karten, Zahlen, Altlastenkataster) nicht immer aktuell sind. Werden die Unterlagen aktualisiert und hätte das finanzielle Auswirkungen auf die Haushaltsplanung?

Herr Driebusch antwortete, dass ein detailliertes und übersichtliches Altlastenkataster vorliegt. Herr Wende informierte dazu, dass gerade im Bereich Fürstenwalde dies nicht der Fall ist. Dem widersprach Herr Driebusch, gerade für den Raum Fürstenwalde liegen die entsprechenden Unterlagen vor und können bei Nachfrage zur Verfügung gestellt werden.

Frau Kaethner fragte nach, welche Unterstützung die Kreistagsabgeordneten geben können hinsichtlich der gestiegenen Aufgaben der Ämter.

Herr Driebusch antwortete dazu, dass auch auf Landesebene im Rahmen der Haushaltsdiskussion nachgefragt wird, mit welchen Mitteln, in welcher Höhe, mit welcher Wirklichkeit konnexe Aufgaben der Kreise belegt werden. Es könnte ein Versuchsprojekt mit 2/3 Landkreisen gestartet werden, wie hoch der Personalbesatz in der unteren Kreisbehörde sein sollte zur vollständigen Abdeckung des Aufgabenbereiches.

Herr Schneider passte den Beschlussvorschlag wie folgt an:

Der Ausschuss bestätigt den Haushaltsplan 2020 in den den Ausschuss tangierenden vorgestellten Produkten.

Diesem Vorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

Eine zweite Beschlussempfehlung könnte lauten:

Der Ausschuss empfiehlt eine Kreisumlage von 37 % oder 38 %.

Herr Hilpmann fragte nach, ob mit den Kommunen eine entsprechende Abstimmung erfolgte.

Herr Buhrke antwortete, dass mit den Bürgermeistern eine Anhörung und eine Klausur zum Haushalt durchgeführt wurden. Die Gemeinden werden sicher eine geringere Kreisumlage begrüßen.

Die Ausschussmitglieder plädierten für eine Kreisumlage in Höhe von 37. %

Die Beschlussempfehlung lautet wie folgt:

Der Ausschuss empfiehlt für die Kreisumlage einen Hebesatz von 37 %.

Diesem Beschluss wurde mit einer Enthaltung zugestimmt.

***einstimmig zugestimmt***

**Zu TOP 8      Baubeschluss zum grundhaften Ausbau der K 6744 Abschnitt 020, OD Kolpin VA : Dez. III - Amt 65/SG KIS  
Vorlage: 016/2020**

Herr Fuls erläuterte den Baubeschluss anhand einer Präsentation.

Es erfolgte eine einstimmige Zustimmung.

***einstimmig zugestimmt***

**Zu TOP 9      Baubeschluss zur Erneuerung der K 6715, Abschnitt 020, freie Strecke zwischen den Ortsteilen Leißnitz und Kummerow der Stadt Friedland (NL) VA: Dez. III - Amt 65/SG KIS  
Vorlage: 018/2020**

Herr Fuls erläuterte die Beschlussvorlage anhand einer Präsentation.

Frau Kaethner fragte nach, wo die Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen für 1.200 m<sup>2</sup> Neuversie-

gelung erfolgen sollen.

Frau Grabs fragte nach, wie alt die Bäume sind, welche Baumarten es sind und wieviel nachgepflanzt werden.

Zum Alter der Bäume konnte Herr Fuls keine Auskunft geben, diese wird aber nachgereicht.

Zu den Ausgleichsmaßnahmen erläuterte Herr Gehm, dass es ein Projekt gibt, einen kreiseigenen Ausgleichspool in Zusammenarbeit mit der UNB im Raum Alt-Madlitz. Es sollen als Agroforstprojekt kleinteiligere Strukturen auf landwirtschaftlichen Flächen geschaffen werden. Dies dient einmal dem Erosionsschutz und stellt einen Biodiversitätsgewinn dar. Es werden Brut- und Rückzugsgebiete für Vögel und Insekten geschaffen und bei der Bepflanzung können gezielt alte Sorgen angepflanzt werden, wie z.B. Obst- und Nussbäume.

Frau Grabs kritisiert, dass der Landkreis für die Ausgleichsmaßnahmen Landwirten finanzielle Mittel zur Verfügung stellt für die Gestaltung ihrer Agroforsten. Das sind keine echten Ausgleichspflanzungen.

Herr Schulz bemerkt, dass es sich bei den 7 Bäumen um ca. 20 Jahre alte Kiefern handelt oder um wild gewachsene Robinien (er stammt aus der Region).

Herr Kaufmann fragte in diesem Zusammenhang nach, ob langfristig eine südliche Umfahrung der Kreisstadt geplant ist, auch zur Entlastung des Zentrums vom Schwerlastverkehr.

Zum Umfahrung gab Herr Labahn, Sachgebietsleiter Kreisliche Infrastruktur/Straßenaufsicht, Auskunft. Bereits im ersten Kreisstraßenbedarfsplan wurden Lücken im Netz ausgewiesen, die geschlossen werden können. Dies ist auch noch Bestandteil des aktuellen Kreisstraßenbedarfsplanes. Wenn der Landkreis Interesse hat, kann die Maßnahme in Angriff genommen werden. Erfahrungsgemäß sind diese Verfahren jedoch sehr langwierig, an einer anderen Straße dauert dieses Verfahren bereits 12 Jahre.

Zu diesem Beschluss gab es eine Enthaltung.

***einstimmig zugestimmt***

*Enthaltung 1*

**Zu TOP 10      Grundsatzbeschluss zur planerischen Vorbereitung des grundhaften Ausbaues der K 6726, Abschnitt 010, Ortsdurchfahrt (OD) Werder in der Gemeinde Tauche VA: Dez. III - Amt 65/SG KIS  
Vorlage: 020/2020**

Diesen Grundsatzbeschluss stellte Herr Fuls anhand einer Präsentation vor.

Herr Mangelsdorf fragte nach geplanten Maßnahmen hinsichtlich der Holzbrücke auf der Strecke und zum Abschnitt der Straße Richtung Plattkow.

Herr Labahn antwortete dazu: Die Straße wird über die Ortsdurchfahrt Werder hinaus bis zur Kreisgrenze ausgebaut. Die Brücke wurde vor kurzem untersucht, sie befindet sich noch in einem guten Zustand, das Kernholz hat eine ausreichende Tragfähigkeit. Im Bereich der Spree erfolgten Maßnahmen zur Sicherung der Haltbarkeit.

Frau Kaethner schätzt die Vorlage als nicht abstimmungsfähig ein, da bestimmte Vorstudien nicht vorliegen.

Herr Schneider erklärte dazu, mit dem Grundsatzbeschluss wird die Grundlage für die Beauftragung von Vorplanungsleistungen und Studien geschaffen. Diese Unterlagen liegen dann zum Baubeschluss vor. Im Grundsatzbeschluss werden geschätzte Baukosten angegeben. Mit dem Baubeschluss liegen genauere errechnete Baukosten vor.

***einstimmig zugestimmt***

**Zu TOP 11      Vorbereitung der nächsten Sitzung**

Für die nächste Sitzung am 13. Mai 2020 werden folgende Punkte vorgemerkt:

- Information zur Zertifizierung nachhaltiges Bauen
- Vorlage der Denkmalschutzanträge 2020
- Prioritätenliste

Herr Schulz wies darauf hin, dass die Präsentationen im hinteren Bereich schlecht zu erkennen sind und der farbige Hintergrund sehr ungünstig ist.

Herr Schneider regte an, die Schriftgrößen etwas größer zu wählen, damit sie auch auf den hinteren kleineren Monitoren zu erkennen sind.

Die derzeitige Sitzordnung wird nicht von allen Anwesenden als positiv gewertet.

Der Vorschlag einer Pause wurde angeregt, wäre jedoch abhängig von der Gesamtdauer der Sitzung.

Die Nutzung der Räume im Obergeschoss (227/228) ist eine provisorische Lösung während der Bauphase im Erdgeschoss.

Achim Schneider  
Vorsitzender des  
Ausschusses für Bauen,  
Ordnung und Umwelt

Andrea Wickelder  
Schriftführerin